

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Ältestenrats**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Hans-Josef Fell, Bärbel Höhn, Sylvia  
Kötting-Uhl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 16/7529 –**

### **Den Deutschen Bundestag zum Vorbild für die sparsame und klimafreundliche Stromversorgung machen**

#### **A. Problem**

Die Antragsteller messen dem Deutschen Bundestag eine wichtige Vorbildfunktion beim Klimaschutz zu. Es gebe zwar bereits heute gute Ansätze bei der Bereitstellung von Strom und Wärme, das Energiemanagement und der Energieverbrauch seien aber verbesserungswürdig. Außerdem werde zuviel umwelt-schädlich erzeugter Strom hinzugekauft.

#### **B. Lösung**

Erledigterklärung des Antrags und Annahme einer Entschließung, die sich auf die Ausschreibung eines neuen, ausschließlich erneuerbare Energien berücksichtigenden Stromlieferungsvertrags beschränkt.

**Einvernehmliche Erledigterklärung des Antrags und Annahme einer Entschlie-ßung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP**

#### **C. Alternativen**

Ablehnung des Antrags und damit Verzicht auf die Ausschreibung von sogenanntem Ökostrom oder Annahme des Antrags in unveränderter Fassung.

#### **D. Kosten**

Die tatsächlichen Mehrkosten für den Bezug von Ökostrom müssen in einer europaweiten Ausschreibung ermittelt werden.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 16/7529 für erledigt zu erklären;
2. die nachfolgende Entschließung anzunehmen:

Der Deutsche Bundestag beauftragt seine Verwaltung,  
den Stromliefervertrag für den Deutschen Bundestag auf der Grundlage des  
Konzepts des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktor-  
sicherheit mit der Laufzeit von einem Jahr und einer einjährigen Verlänge-  
rungsoption für den Deutschen Bundestag auszuschreiben.

Berlin, den 10. April 2008

**Der Ältestenrat**

**Dr. Norbert Lammert**  
Präsident

## Bericht

### I. Überweisung

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf **Drucksache 16/7529** ist in der 136. Sitzung des Deutschen Bundestages am 17. Januar 2008 in erster Lesung behandelt und an den Ältestenrat zur federführenden Beratung sowie an die Ausschüsse für Wirtschaft und Technologie, für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und an den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen worden.

### II. Voten der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat sich in seiner 66. Sitzung am 9. April 2008 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für den Vorschlag der Bau- und Raumkommission ausgesprochen, sofern dadurch nicht wesentlich höhere Kosten für den Bundeshaushalt entstehen. Die ursprüngliche Fassung des Antrags ist mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. abgelehnt worden.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** empfiehlt in seiner 60. Sitzung am 9. April 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** sowie der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** haben die Beratung der Vorlage in ihren Sitzungen am 9. April 2008 vertagt.

### III. Beratungen im Ältestenrat sowie in der Kommission des Ältestenrats für Bau- und Raumangelegenheiten

Der Ältestenrat hat die Vorlage erstmalig in seiner 47. Sitzung am 24. Januar 2008 beraten. Der Präsident wies dabei einleitend darauf hin, dass es im Wesentlichen um Themen wie den Bezug von Ökostrom und Biogas, eine Effizienzverbesserung bei den Blockheizkraftwerken, die dezentrale Warmwasserbereitung oder die Installation von Bewegungsmeldern und Energiesparlampen gehe. Aber auch ausschaltbare Steckerleisten zur Vermeidung von Stand-by-Betrieb und die Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über energiesparendes Verhalten würden angesprochen. Diesen Anliegen sei bei der Planung der Bundestagsneubauten in Berlin bereits in beachtlichem Maße Rechnung getragen worden. Aufgrund des außerordentlich ehrgeizigen Neubaukonzepts wären bereits heute drei Blockheizkraftwerke, Wärme- und Kältespeicher zum Heizen und Kühlen sowie eine Solarenergieanlage im Einsatz. Im Ältestenrat bestand Einvernehmen, den Antrag aufgrund seiner überwiegend baufachlichen Ausrichtung zunächst an die Bau- und Raumkommission zur weiteren Beratung zu überweisen.

Die Kommission für Bau- und Raumangelegenheiten hat sich in ihrer 10. Sitzung am 12. März 2008 mit dem Antrag befasst. Man war dort mehrheitlich der Auffassung, dass der Deutsche Bundestag bereits über ein vorbildliches ökologisches Energiekonzept verfüge. Ungeachtet dessen solle künftig ausschließlich Strom aus erneuerbaren Energien zugekauft werden, wenn nicht wesentlich höhere Kosten für den Haushalt entstünden. Die übrigen im Antrag aufgeführten Vorschläge seien nach Einschätzung der Kommission zum Teil im Deutschen Bundestag bereits umgesetzt, teilweise aus technischen Gründen nicht umsetzbar und teilweise aufgrund der technischen Entwicklung noch nicht im erforderlichen Umfang verfügbar. Der Antrag werde daher insoweit abgelehnt. Zur Umsetzung dieser teilweisen Annahme und Ablehnung schlägt die Bau- und Raumkommission die Annahme einer Neufassung des Antrags vor.

In seiner 52. Sitzung am 10. April 2008 hat der Ältestenrat den Antrag erneut behandelt. Zunächst musste eine Verständigung darüber erzielt werden, ob man auf die ausstehenden Voten warten will oder ob der Vorgang abgeschlossen werden soll. Da die Überweisung bereits vor sechs Sitzungswochen erfolgte und die mitberatenden Voten zeitgerecht angefordert wurden, bestand Einvernehmen, zu einem Abschluss zu kommen. Dabei wurde auch der Gesichtspunkt berücksichtigt, dass eine weitere Verzögerung bei der Ausschreibung des Stromlieferungsvertrags zu erheblichen Mehrkosten für den Deutschen Bundestag führt.

Die **Fraktionen der CDU/CSU und SPD** sprachen sich anschließend dafür aus, in der Beschlussempfehlung für das Plenum, deutlicher als bisher von der Bau- und Raumkommission vorgesehen, herauszustellen, dass die über die Ausschreibung von Ökostrom hinausgehenden Teile des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt werden. Nach eingehender Diskussion verständigte sich der Ältestenrat mehrheitlich darauf, den Antrag für erledigt zu erklären und eine Entschließung vorzusehen, die sich entsprechend des Vorschlags der Bau- und Raumkommission auf die Ausschreibung eines ausschließlich erneuerbare Energien berücksichtigenden Stromlieferungsvertrags beschränkt.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** bedauerte, dass ihr Antrag nicht in Gänze umgesetzt wird. Insbesondere wurde Wert auf die Feststellung gelegt, dass man die Begründung der Bau- und Raumkommission für die Ablehnung der übrigen Vorschläge nicht teilt. Da jedoch das Kernanliegen, die Ausschreibung von Ökostrom für den Deutschen Bundestag, aufgegriffen werde, könne man zustimmen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** unterstützte die vorgesehene Ausschreibung von Ökostrom. Darüber hinaus sei zu überlegen, wie die vom Deutschen Bundestag auf diesem Gebiet angestrebten Ziele sowie die Verantwortung und Möglichkeiten der einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim Energiesparen noch besser kommuniziert werden könnten.

Die **Fraktion der FDP** sah im Gegensatz zu den anderen Fraktionen das Risiko, dass die Ausschreibung von Ökostrom zu deutlichen Mehrkosten für den Deutschen Bundestag führen könne, und sprach sich gegen die vorgesehene Ausschreibung aus.

#### **IV. Votum des Ältestenrats**

Der Ältestenrat empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP, die in der Beschlussempfehlung wiedergegebene Entschließung anzunehmen. Die Empfehlung, den Antrag auf Drucksache 16/7529 für erledigt zu erklären, erfolgte einvernehmlich.

Berlin, den 10. April 2008

**Dr. Norbert Lammert**  
Präsident